Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 33.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 22. Donnerstag, 27. Januar 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Regierungsverhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Die geheimnisvollen Richtlinien. — Die Demokraten lehnen ab.

en. Berlin, den 27. Januar.

Die Hoffnungen des Zentrums auf ein Zustandekommen der bürgerlichen Mehrheitsregierung haben sich trotz mancher Hemmnisse nicht zerschlagen. Die Beratungen des Kanzlers, des Reichsarbeitsministers, des Außenministers und des Reichswirtschaftsministers mit den Vertretern der Regierungsparteien haben zu einer vollkommenen Einigung über den Entwurf des Regierungsprogrammes geführt. Nach dieser Einigung haben die Parteien vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen den Versuch unternommen, auch die Demokraten in die Regierungskoalition einzubeziehen. Es wurde ihnen das Programm der anderen Parteien am Nachmittag übermittelt, damit sie noch im Laufe des Tages in der Lage wären, ihren Beschluß dem Reichskanzler mitzuteilen.

Von dem Verhalten der Demokraten hängt es ab, in welcher Weise die Personenfrage geregelt wird. Es steht schon jetzt fest, daß außer dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann Dr. Brauns das Reichsarbeitsministerium, Dr. Krone das Reichsverkehrsministerium, Minister Stingl das Reichspostministerium und Dr. Curtius das Reichswirtschaftsministerium behält. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird auch Dr. Geßler weiter die Leitung des Reichswehrministeriums übernehmen, da er das volle Vertrauen der neuen Regierungskoalition besitzt, soweit die Demokraten nicht in Frage kommen. In letzter Stunde ist allerdings der Gedanke erwogen worden, daß es doch ratsamer sei, die Opposition durch die Hereinnahme der Demokraten in die Koalition zu verkleinern und dafür Dr. Geßler zu opfern und durch eine Persönlichkeit zu ersetzen, die auch das Vertrauen der Demokraten erhalten und sich auf die Reichswehrreform, wie sie vom letzten Kabinett Marx im Dezember angekündigt war, stützt. Die Deutschnationalen präsentieren nur solche Persönlichkeiten, die politisch nicht durch eine zu starre Rechtshaltung festgelegt sind, und es kommt nur noch darauf an, zu wissen, ob der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und Dr. Geßler dem Kabinett angehören werden. Als deutschnationale Minister kommen Minister a. D. Wallraf, der Abgeordnete von Lindeiner-Wildau, der Abgeordnete Treviranus und Schlange-Schöningen in Frage.

•

Die Marx'schen Richtlinien.

vdz. Berlin. Die Richtlinien der künftigen Regierungspolitik, wie sie vom Reichskanzler Dr. Marx ausgearbeitet sind, haben nach der „Vossischen Zeitung" folgenden Wortlaut:

1. Außenpolitik.

Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Sinne gegenseitiger friedlicher Verständigung. Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswerkes von Locarno. Loyale gleichberechtigte Mitarbeit im Völkerbund.

2. Verfassung.

Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform. Unbedingter Schutz dieser Verfassung in ihrer Gesamtheit sowie der verfassungsmäßigen Reichsfarben (Artikel 3 der Reichsverfassung) gegen alle herabsetzenden Verunglimpfungen und rechtswidrigen Angriffe. Vorgehen gegen alle Vereinigungen und alle Bestrebungen, die den Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken. Verbot an alle Beamte, sich an solchen Vereinigungen oder Bestrebungen zu beteiligen. Die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Beamten werden hierdurch nicht berührt.

3. Reichswehr.

Bezüglich der Reichswehr wird der entsprechende Teil der Rede des Reichskanzlers vom 16. Dezember 1926 als maßgebend anerkannt. 1. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1926 ist strengstens durchzuführen. 2. Den Angehörigen der Reichswehr ist die Zugehörigkeit, das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen die sogenannten Wehrverbände aller Richtungen und Form in erster Linie gehören, verboten. 3. Es wird eine Rekrutierungsverordnung erlassen, die Vorkehr trifft, daß keine verfassungsfeindlichen Personen im Sinne der Ziffer II in die Reichswehr aufgenommen werden.

4. Kulturfragen.

Es ist angeregt: Erlaß eines Reichsschulgesetzes unter Wahrung der Gewissensfreiheit und des Elternrechts, grundsätzliche Gleichstellung der im Art. 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten; Sicherung des Religionsunterrichtes (Art. 149).

5. Sozialpolitik.

Tatkräftige Förderung der Sozialreform. Ausbau und Vollendung des Arbeitsrechtes. Der nächste Schritt auf diesem Gebiet soll die Schaffung einer umfassenden Arbeiterschutzgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeit sein. Darin ist — ausgehend von den deutschen Verhältnissen — die Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsruhe im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen zu regeln. Auf Grund einer solchen Regelung ist die deutsche Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gleichzeitig mit den anderen westeuropäischen Industrieländern bereit. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes sollen durch Uebergangs- und Notmaßnahmen Mißstände auf dem Gebiet der Arbeitszeit beseitigt werden. Die im Art. 165 der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft ist im Sinne der im Reichswirtschaftsrat zustandegekommenen Einigung weiter auszubauen.

Dringlich ist die Verabschiedung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Damit im Zusammenhang stehen Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsnachweises. Ausbau und Verfahren der Sozialversicherung sollen nach Möglichkeit vereinfacht werden. Die verschiedenen Versicherungszweige bedürfen einer organischen Verbindung und Ausgestaltung.

Die Lage der Invaliden muß verbessert werden. Für die Seeleute ist eine Krankenversicherung zu schaffen.

Entschlossene Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und Fürsorge für die Erwerbslosen mit allen zweckdienlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Mitteln. Die Sozialreform ist auch international, insbesondere im Zusammenwirken mit dem Internationalen Arbeitsamt, zu fördern.

•

Noch keine amtliche Bestätigung.

)(Berlin, 26. Januar. (Amtlich.) Die beabsichtigte amtliche Bekanntgabe der in den heutigen Verhandlungen des Herrn Reichskanzlers mit den Parteiführern festgestellten Vorschläge über **Richtlinien einer künftigen Regierungspolitik**, die übrigens nicht alle für ein Regierungsprogramm in Betracht kommenden Fragen umfassen, **konnte noch nicht erfolgen**, weil noch nicht sämtliche in Betracht kommenden Fraktionen ihre Zustimmung zu den Erklärungen der Parteiführer gegeben haben. **Alle über den Inhalt der Vereinbarungen erfolgenden Veröffentlichungen können nicht als authentisch angesehen werden.**

•

Der Beginn der Personalbesprechungen.

)(Berlin. Wie das Wolff-Büro aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat **Reichskanzler Dr. Marx** für heute vormittag die **deutschnationalen Unterhändler Graf Westarp** und **Treviranus** zu sich gebeten, um damit die **Besprechungen über die personelle Zusammensetzung des Kabinettes** zu beginnen.

•

In Erwartung der Entscheidung der Demokraten.

Berlin. (Funkspruch.) **Nach der Sensation, die die Veröffentlichung der Marx'schen Richtlinien gestern abend im Reichstag hervorrief, begann der Donnerstag verhältnismäßig ruhig. Die Demokratische Reichstagsfraktion trat allerdings bereits vor 10 Uhr zusammen, um ihre gestern abend ohne Ergebnis abgebrochenen Beratungen über die Richtlinien fortzusetzen. Man rechnet aber in parlamentarischen Kreisen damit, daß sich die Fraktion mit ihrer Entscheidung darüber, ob sie sich an einer Regierungsbildung, der diese Richtlinien zugrunde liegen, beteiligen soll, nicht allzusehr beeilen wird, da einmal die Meinungen auch innerhalb der Demokratischen Fraktion über die grundsätzlichen Fragen der Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen geteilt sind und zum anderen in der Fraktion der Wunsch besteht, zunächst abzuwarten, welche Wirkung die Veröffentlichung der Richtlinien auf die weiteren Entschließungen der Deutschnationalen ausüben wird. Die Deutschnationale Fraktion tritt jedoch erst kurz vor dem auf 2 Uhr angesetzten Beginn des Reichstags-Plenum wieder zusammen. Die übrigen Parteien halten erst nach Beendigung der Plenarsitzung wieder Beratungen ab.**

Reichskanzler Dr. Marx beabsichtigt, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, vorläufig nichts weiter zu unternehmen, ehe er die Entscheidung der Demokraten in Händen hat.

Berlin. (Funkspruch.) **Reichskanzler Dr. Marx hatte um ½11 Uhr im Reichstage eine kurze Besprechung mit dem Zentrumsabgeordneten von Guérard. Um dieselbe Zeit wurde die demokratische Fraktionssitzung unterbrochen. Die Parteiführer Koch und Dr. Haas begaben sich zum Reichskanzler, um ihm die Anschauungen der Demokraten zum Ausdruck zu bringen. Dr. Marx beabsichtigt dann auch noch mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu konferieren.**

Berlin. (Funkspruch.) **Nachdem die demokratischen Parteiführer Koch und Dr. Haas dem Reichskanzler ihre Bedenken gegen die Richtlinien zum Ausdruck gebracht hatten, empfing Dr. Marx den Führer der Bayrischen Volkspartei, Prälaten Leicht, zu einer längeren Besprechung.**

•

Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Berlin. (Funkspruch.) **Wie das Wolffbüro aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat Reichskanzler Dr. Marx in den Mittagsstunden eine Unterredung mit den deutschnationalen Unterhändlern gehabt. Er dürfte sie darauf hingewiesen haben, daß die Reichsregierung der gestrigen Veröffentlichung der Richtlinien vollkommen fernsteht. Außerdem hat der Reichskanzler auch den Graf Westarp zu einer besonderen Besprechung zu sich gebeten. Es ist anzunehmen, daß dabei die Frage der Ministersitze besprochen wird. Die Verhandlungen über die materielle Seite der Regierungsbildung werden insofern noch fortgesetzt, als die Reichsminister Brauns und Curtius eine neue Aussprache mit den Deutschnationalen über wirtschaftliche Fragen haben werden.**

Verhandlungen im Reichstage.

Berlin. (Funkspruch.) **Um die Mittagsstunde fand im Reichstag eine Besprechung zwischen den deutschnationalen Abgeordneten Lejeune-Jung, Lambach, Leopold, von Goldacker und Dr. Rademacher und dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und den Abgg. Dr. Stegerwald und Brüning vom Zentrum über die Probleme der Wirtschaft statt. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. zuverlässig erfährt, wurde dabei allgemeine Uebereinstimmung erzielt.**

•

Die Demokraten lehnen ab.

Berlin. (Funkspruch.) **Die demokratische Reichstagsfraktion hat einstimmig beschlossen, sich an der Kabinettsbildung nicht zu beteiligen.**

Kommt das Reichsschulgesetz?

(Von unserem Berliner Vertreter.)

en. Die politischen Parteien sind sich seit langem darüber klar, daß das Zentrum die Verabschiedung des Reichsschulgesetzes und den Abschluß eines Reichskonkordats nicht mehr auf die lange Bank schieben kann und daher eine Regierungskoalition anstreben muß, durch die geringe Schwierigkeiten gegen die kulturpolitische Gesetzgebung im Sinne des Zentrums zu erwarten wären. Die Sozialdemokraten hätten sich unter gewissen Bedingungen auch bereit gefunden, das Reichsschulgesetz in der vorliegenden Form nicht zu gefährden. Die Zusammenarbeit des Zentrums mit den Deutschnationalen auf diesem Gebiete gewährleistet jedoch von vornherein einen sehr viel stärkeren Erfolg, ohne daß besondere Gegenleistungen gegeben werden müssen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat es nach den bisherigen Verhandlungen über die Kabinettsbildung für nötig befunden, die Landesorganisationen über den Inhalt der Richtlinien des Reichskanzlers zu informieren, um nach dem Abschluß der Aussprache einen Bonkott der Wähler zu vermeiden. Hierbei mußte die Parteileitung feststellen, daß die Bedenken der Deutschen Volkspartei gegenüber den Bestrebungen, gleichzeitig mit dem Reichsschulgesetz das Reichskonkordat abzuschließen, von einem großen Teil der deutschnationalen Wählerschaft ebenfalls geteilt werden und daß man die Zustimmung zu einer solchen Kulturpolitik nicht erhalten wird. Da auch Dr. Stresemann als Vorsitzender der Deutschen Volkspartei keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß er zu keiner Zeit geneigt ist, die liberalen Grundsätze seiner Partei zu opfern, berät man gegenwärtig in den für die bürgerliche Mehrheitsregierung in Betracht kommenden Parteien darüber, ob vor den Neuwahlen überhaupt das Reichsschulgesetz im Parlament verabschiedet werden soll. In dem Augenblick, wo die Deutsche Volkspartei sich aus der Koalition zurückzieht, ist die Regierungsfähigkeit der Koalition in Frage gestellt, da das Ausland mit Dr. Stresemanns Austritt aus dem Kabinett sofort reagieren würde. Die Bemühungen richten sich deshalb bei der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum darauf, die Demokraten mit in die Regierung hineinzubekommen, um jede Blockbildung der Demokraten und Sozialdemokraten gegen die Konservativen zu verhindern. Die Rechnung der Deutschen Volkspartei geht dahin, daß der liberale Einfluß durch die Zusammenarbeit mit den Demokraten in der Regierung ein so starkes Gegengewicht gegen die Bestrebungen des Zentrums und der Deutschnationalen bilden würde, daß die Fassung der schulpolitischen Gesetze wesentlich zu einer freieren Auffassung beitragen würde. Durch die Alarmrufe der Liberalen Vereinigung und weiter Kreise der Deutschen Volkspartei sind die Sozialdemokraten auf ein Gebiet hingelenkt worden, von dem sie für sich die besten Propagandamöglichkeiten erhoffen. Sie begrüßen es deshalb, daß sich die Bildung der Großen Koalition vorläufig nicht ermöglichen ließ, weil sie nun dadurch für die Neuwahlen eine schlagkräftige Parole gefunden haben. Ihnen liegt selbstverständlich viel daran, daß die Demokraten sich jetzt steif machen, um bei den Wahlen mit ihnen zusammen vorgehen zu können. Anders betätigt sich die Liberale Vereinigung. Ihre Mitglieder erkennen die Gefahr der Stunde und der Spaltung des Liberalismus stärker als bisher. Sie haben ihre Bemühungen jetzt darauf gerichtet, daß die trennenden Probleme der beiden liberalen Parteien hinten angesetzt werden, damit der liberale Gedanke zur vollen Entfaltung kommen kann. Angesichts dieser Lage ist es immerhin denkbar, daß man vorläufig die Verabschiedung des Reichsschulgesetzes zurückstellt, um die jetzige kommende Regierungskoalition zu festigen, ehe man das Wagnis unternimmt, die kulturpolitischen Gesetzentwürfe in der vorhergehenden Weise im Parlament zu vertreten.

•

SLUB Wir führen Wissen.